

V-IA1 Humanität und Klassenkampf

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.04.2024
Tagesordnungspunkt: #8 verschiedene Anträge

1 Die migrationspolitische Debatte wurde über das letzte Jahr massiv verschärft.
2 Dabei übernehmen zum einen Politiker*innen von der Union bis zu den Grünen
3 rechte Narrative und wirken auf Asylrechtsverschärfungen hin. Zum anderen wird
4 als vermeintlich progressive Alternative immer häufiger eine Erzählung in die
5 Öffentlichkeit getragen, die die Verwertbarkeit von Geflüchteten in den
6 Vordergrund stellt. Es werde "keine Einwanderung in die Sozialsysteme geben,
7 sondern in den Arbeitsmarkt", beteuerte Arbeitsminister Hubertus Heil in diesem
8 Zusammenhang. Der Logik des Arbeitsministers und Gleichgesinnter nach, sind
9 Geflüchtete nur dann erwünscht, wenn man sie ausbeuten kann. Diese Logik zeigt
10 sich nicht zuletzt an der GEAS-Reform oder an Teilen des
11 Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Diese rassistische Migrations- und Asylpolitik
12 verurteilen wir deshalb nicht nur auf moralischer Ebene. Politische
13 Entscheidungen, die sich in diese rassistischen Kontinuitäten einreihen, müssen
14 als komplexe, vielfältige Klassenkonflikte eingeordnet werden.

15 **Wir lassen uns nicht spalten**

16 Dass die Ministerpräsident*innen der Länder nun die Einführung von Asylverfahren
17 in Drittstaaten fordern, reiht sich in diesen kontinuierlichen Kampf gegen uns,
18 die 99% ein. Die Unterdrückung Geflüchteter in Drittländern mit schlechter
19 Menschenrechtsbilanz ist bereits seit Jahren gängige EU-Politik, wie die
20 Asylpakete mit der Türkei oder Libyen in der jüngeren Vergangenheit zeigten.
21 Geflüchteten wird der Zugang und der Verbleib auf dem europäischen Festland so
22 zunehmend erschwert. Die Auslagerung von Asylverfahren, wie es Großbritannien
23 und Italien bereits vereinbart haben und welche nun deutsche Politiker*innen
24 fordern, stellt ein Konkurrenzdenken zwischen Geflüchteten und EU-Bürger*innen
25 in den Vordergrund. Während sie dies teilweise unter dem Deckmantel vermeintlich
26 humanitärer Anliegen fordern, zeigen die Entwicklungen in der europäischen
27 Migrations- und Asylpolitik der letzten Jahre eindeutig: Nicht Humanität ist das
28 Ziel, sondern die Spaltung der außereuropäischen von der innereuropäischen
29 Arbeiterklasse.

30 Der Klassenkampf gegen uns, die 99%, wird gleichzeitig an unterschiedlichen
31 Schauplätzen intensiviert. Denn wenn Menschen hierzulande um die wenigen
32 Kitaplätze konkurrieren und ein Geflüchteter dazu kommt, ist nicht der
33 Geflüchtete Schuld, sondern die politisch geschaffene Knappheit der Kitaplätze.
34 Die Schuld trägt eine Politik, die die soziale Frage nicht in unserem Interesse
35 behandelt und dafür sorgt, dass das gute Leben für alle immer weiter aus unserer
36 Reichweite gerät.

37 Wir stellen uns klar gegen eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten.
38 Mit dieser Asylrechtsverschärfung würde erneut Unrecht in Recht gegossen werden.
39 Stattdessen muss eine Politik für uns sichere Fluchtwege ermöglichen und vor Ort
40 eine gute Daseinsvorsorge sowohl für die hier-geborene Familie als auch für die
41 Familie auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Verfolgung bieten.

42 Von der Ampel für die Konzerne

43 Während die Ampel entgegen unserer Interessen immer gefährlichere Fluchtwege
44 errichtet und an unserer Daseinsvorsorge kürzt, weitet sie die
45 Westbalkanregelung aus und führt kurzzeitige, kontingentierte Beschäftigung ein.
46 Die Bundesregierung maximiert mit diesen Maßnahmen die Ausbeutung von
47 Arbeitskräften aus dem Ausland. Ihre Rechte und Möglichkeiten, sich gegen
48 schlechte Arbeitsbedingungen oder Dumpinglöhne zu wehren und für bessere
49 Arbeitsbedingungen einzusetzen, werden dadurch weiter beschnitten. Durch kurze
50 Aufenthaltsdauern und eine fehlende Bleibeperspektive lassen migrantisierte
51 Menschen die prekären Bedingungen über sich ergehen. So dürfen Arbeiter*innen im
52 Zuge der neuen Regelungen zum Teil nur gebunden an eine befristete Beschäftigung
53 und maximal acht Monate pro Jahr nach Deutschland kommen. Die Befristung macht
54 eine langfristige Organisation faktisch unmöglich, da jeder individuelle
55 Aufstand gegen die Bedingungen zur vorzeitigen Kündigung und damit auch zur
56 Abschiebung aus Deutschland führt.

57 Gesellschaftlich werden solche Praktiken immer wieder in zwei Schritten
58 legitimiert: Migrantisierte Menschen müssen besonders häufig in Jobs mit
59 niedrigem Lohn und schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten. Rassistische Debatten
60 legitimieren diese realen Missstände, indem sie die prekären Bedingungen
61 fälschlicherweise der kulturellen Herkunft oder angeblichen biologischen
62 Unterschieden derjenigen, die in den Berufen arbeiten, zuschreiben. Dabei hat
63 dieser ausgesprochene Rassismus die Funktion für Profitinteressen weitere
64 Möglichkeiten zu schaffen, migrantisierte Menschen noch stärker auszubeute.

65 Für uns ist klar: Rassistische Erzählungen und die Profitlogik, der alles im
66 Kapitalismus unterworfen ist, gehen Hand in Hand und verursachen eine massive
67 Überausbeutung von Menschen, die in ihrer Heimat aus verschiedensten Gründen
68 keine Perspektive mehr haben. Dass einerseits ungewollte Geflüchtete in
69 Drittstaaten abgeschoben werden sollen und andererseits als verwertbar gesehene
70 Arbeitskräfte nach Deutschland einwandern sollen, entlarvt angeblich humanitäre
71 Interessen. Weg mit Gesetzen, die das in geltendes Recht gießen und her mit
72 einer Politik, die gute Arbeit für alle möglich macht - unabhängig von
73 Staatsbürgerschaft und Geburtsort!

74

75 Als GRÜNE JUGEND Niedersachsen kritisieren wir die systematische
76 Hierarchisierung und menschenfeindliche Ausgrenzung von migrantischen Teilen der
77 Arbeiter*innenklasse. Deshalb fordern wir:

78 • Aufenthaltstitel dürfen nicht vom Arbeitsgeber abhängen - dauerhafte
79 Bleibeperspektiven jetzt!

80

81 Migrantische Arbeitskräfte mithilfe von zeitlich begrenzten
82 Aufenthaltstiteln in prekäre Arbeit zu zwingen hilft niemandem - außer den
83 Profitinteressen der Konzerne. Stattdessen braucht es von Arbeitgebern
84 unabhängige, sichere Bleibeperspektiven. Auch migrantisierte Menschen
85 müssen sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren können!

86 • Ob aus dem Balkan, Südamerika oder aus Salzgitter: Gute Arbeit für alle!

87

88 Einen Fachkräftemangel entschärft man nicht durch die Ausbeutung von

89 migrantisierten Menschen. Fachkräftemangel herrscht insbesondere dort, wo
90 der Lohn niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht sind. Dagegen hilft:
91 Leiharbeitsfirmen und undurchsichtige Subunternehmer-Konstrukte verbieten!
92 In diesen Arbeitsverhältnissen sind wirksame Kontrollen von
93 Arbeitnehmer*innenrechten nahezu unmöglich. Sie dienen darüber hinaus
94 Arbeitgeber*innen dabei, die Löhne und Arbeitsbedingungen bei den direkt
95 angestellten Kolleg*innen zu drücken. Höchste Zeit, diese ausbeuterischen
96 Schlupflöcher zu verbieten!

97 • Asylverfahren in Drittstaaten ohne uns!

98
99 Asylrechtsverschärfungen, die das ohnehin prekäre Leben Geflüchteter
100 verschlimmern, lösen keine Probleme in den Lebensrealitäten der Menschen
101 vor Ort. Wir lassen uns nicht spalten. Wir fordern, dass Niedersachsen
102 Forderungen nach Asylverfahren in Drittstaaten entschlossen ablehnt!

Begründung

erfolgt mündlich

V-IA2 Gegen rechten Antifeminismus hilft Sozialpolitik für die 99%

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 18.04.2024
Tagesordnungspunkt: #8 verschiedene Anträge

1 Noch immer ist Sexismus am Arbeitsplatz Normalität, es gibt keinen
2 flächendeckenden Zugang zu trans* sensibler Gesundheitsversorgung, Frauen haben
3 im Alter knapp 30% weniger Einkünfte als Männer und gleichzeitig verbringen sie
4 täglich 79 Minuten mehr mit unbezahlter Care-Arbeit. Das alles sind Symptome
5 einer systemischen Benachteiligung von Frauen, inter*, trans* und genderqueeren
6 Menschen im Patriarchat.

7 Aktuell beobachten wir, wie der Kampf Rechter gegen Frauen und geschlechtliche
8 Minderheiten in Deutschland immer weiter zunimmt. Das kürzlich von CSU und
9 Freien Wählern in Bayern eingeführte "Genderverbot" ist dabei nur die Spitze des
10 Eisbergs des sich zunehmend verschärfenden Kampfes gegen Feminismus.

11 In anderen EU-Staaten wurde dies zuletzt noch deutlicher: Wenn Rechte erstarken,
12 sind es besonders Frauen, inter*, trans* und genderqueere Menschen, die mit als
13 erstes darunter leiden. Die ehemalige PiS-Regierung in Polen hat das Recht auf
14 Schwangerschaftsabbrüche drastisch eingeschränkt. Und erst letztes Jahr hat die
15 rechtsnationalistische italienische Regierung lesbische Mütter aus den
16 Geburtsurkunden ihrer Kinder streichen lassen.

17 Rechte in ganz Europa kämpfen strategisch gegen feministische Bestrebungen und
18 vergangene Errungenschaften, die für sie eine Gefahr für die Aufrechterhaltung
19 des Patriarchats und damit für ihre eigene Macht darstellen. Traditionelle
20 Geschlechterrollen und Familienbilder sollen Männer weiterhin privilegieren und
21 Frauen, inter*, trans* und genderqueere Personen ihnen unterordnen.

22 Frau-Sein ist ein Sicherheitsrisiko

23 Jeden dritten Tag wird eine Frau in Deutschland Opfer eines Femizides. Femizid –
24 das ist der Mord an einer Frau aufgrund ihres Frau-seins. 2023 wurden mindestens
25 115 Frauen ermordet, 2024 wurden bereits mindestens 22 Frauen Opfer eines
26 Femizids (Stand: 30.03.24). Diese Morde werden oft als „Beziehungsdramen“ oder
27 „Verbrechen aus Leidenschaft“ verharmlost. Diese Morde haben jedoch System und
28 sind Symptome der strukturellen Unterdrückung von Frauen. Trennungs- und
29 Partnerschaftstötungen müssen daher auch konsequent als Femizide benannt werden
30 und dementsprechend verfolgt und geahndet werden! Femizide sind jedoch nur die
31 extremste Form geschlechtsspezifischer Gewalt: Jede dritte Frau wird in ihrem
32 Leben mindestens einmal Opfer von psychischer oder physischer sexualisierter
33 Gewalt. Frau-sein ist ein Sicherheitsrisiko!

34 Die Realität ist: Die Situation von Frauen verbessert sich nicht. Im Gegenteil –
35 durch die zunehmende Verbreitung rechtsextremer Ideologien werden auch misogyne
36 Ideologien verbreitet, womit die Gefahr für Frauen steigt. Im Zentrum
37 rechtsextremer Ideologien steht stets eine heroische, wehrhafte und kämpferische
38 weiße Männlichkeit, die alles "Unmännliche" abwertet. Diese hasserfüllte
39 Abwertung richtet sich insbesondere gegen eine konstruierte, "besondere Form"
40 von Weiblichkeit, wie beispielsweise bei Lesben, Politikerinnen oder
41 „Karrierefrauen“ und drückt sich in den rechtsextremen Ideologien durch
42 Antifeminismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie Misogynie aus.

43 Frauen sind in diesem rechtsextremen Weltbild in der Hierarchie immer dem Mann
44 untergeordnet - „Der Feminismus“ wird als Feindbild skizziert. Antifeministische
45 Einstellungen sind dabei bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet und
46 gesellschaftlich so tief verankert und normalisiert, dass sie meist gar nicht
47 als problematisch wahrgenommen werden. Diese antifeministische, gesellschaftlich
48 akzeptierte Basis bildet die Grundlage für Femizide, die lediglich die
49 mörderische Spitze misogynen Gewalt sind, die Frauen alltäglich erleben.

50 Um Frauen wirksam vor diesen Gefahren zu schützen, braucht es flächendeckende
51 Schutzräume, Anlauf- und Beratungsstellen für betroffene Frauen. Derzeit gibt es
52 deutschlandweit jedoch lediglich 7.000 von den gemäß der Istanbul Konvention
53 benötigten 21.000 Frauenhausplätzen. Allein in Niedersachsen bräuchte es
54 mindestens 810 Frauenhausplätze, tatsächlich gibt es aktuell aber nur ca. 450.
55 Hauptursache für das Fehlen von Frauenhausplätzen ist die unsichere, zu knappe
56 und bundesweit uneinheitliche Finanzierung. Es braucht daher von der Bundes- und
57 Landesregierung eine flächendeckende Finanzierung von Beratungsstellen und damit
58 einhergehend einen Ausbau von Frauenhausplätzen mit der Garantie auf sofortige,
59 kostenlose Unterbringung.

60 Nieder mit dem binären Geschlechtersystem

61 Nicht erst seit dem CSD Hannover im vergangenen Jahr, bei dem ein 17-jähriger
62 trans* Mann angegriffen und schwer verletzt wurde, merken wir: Die Gewalt gegen
63 inter*, trans* und genderqueeren Personen nimmt dramatisch zu. In Niedersachsen
64 hat sich die Zahl queerfeindlicher Straftaten seit 2020 mehr als verdoppelt.

65 Kern des Problems ist jedoch das patriarchale und kapitalistische System, in dem
66 es eine strikte Trennung der binären Geschlechter gibt. Diese Trennung ist kein
67 Zufall, sondern eine bewusste Entscheidung, denn die Trennung zwischen dem
68 geldverdienenden Mann und der Hausfrau dient dem Kapitalismus. Frauen übernehmen
69 in dieser Zurückdrängung ins Private, den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit
70 und damit der Reproduktion der Arbeitskraft. Diese Reproduktion der
71 Arbeitskraft, in Form von Kindererziehung, Kochen oder Wäsche machen ist
72 wiederum essentiell notwendig für die kapitalistische Produktionsweise. Durch
73 diese nicht entlohnte Arbeit können Profite erst maximiert werden. Dieses
74 ausbeuterische und ungleichheitsfördernde System resultiert darin, dass inter*,
75 trans* und genderqueere Personen, die gar nicht erst in das binäre System
76 reinpassen, noch stärker diskriminiert werden. Die Abwertung aller „Nicht
77 Männer“ ist, wie bereits beschrieben, schon für Frauen ein knallhartes Problem.
78 Für Menschen, die mit dieser Binarität brechen, ist die Lage nochmal prekärer.
79 Oft fehlt den Menschen ein familiäres Sicherheitsnetz, sie sind mit
80 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt konfrontiert, oder müssen viel Geld für
81 notwendige Gesundheitsleistungen aufbringen. All das führt schlussendlich dazu,
82 dass inter*, trans* und genderqueere Menschen überdurchschnittlich oft in
83 prekären Beschäftigungen arbeiten und von Armut betroffen sind.

84 Es gilt, bereits erkämpfte queere Errungenschaften zu verteidigen – doch damit
85 geben wir uns noch lange nicht zufrieden. Wir fordern endlich echte
86 Selbstbestimmung für alle! Das Selbstbestimmungsgesetz ist zwar ein Schritt in
87 die richtige Richtung, jedoch auch nur ein kleiner Schritt. Das zeigt: Echte
88 Selbstbestimmung und dadurch Schutz und Sicherheit für inter*, trans* und
89 genderqueere Menschen müssen wir uns selber erkämpfen! Wir fordern

90 flächendeckende Schutzräume und sichere Anlaufstellen für inter*,trans* und
91 genderqueere Personen!

92 Feminismus bedeutet Arbeitskampf

93 Patriarchat und Kapitalismus verstärken und verfestigen sich gegenseitig.
94 Frauen, inter*,trans* und genderqueeren Personen werden in diesem System in
95 besonderem Maße ausgebeutet. Die strikte Trennung zwischen Öffentlichem, also
96 der Lohnarbeit und der unbezahlten Care-Arbeit im Privaten, die meistens von
97 Frauen, trans* inter* oder genderqueeren Personen geleistet wird, führt zur
98 absoluten Abhängigkeit vom Mann. Dieser Abwertung der Care-Arbeit folgend, sind
99 es auch genau diese Berufe, wie Erzieher*innen oder Krankenpfleger*innen, die
100 schlecht bezahlt werden und in denen die Arbeitsbedingungen oft prekär sind. Für
101 uns heißt das, dass der feministische Kampf und der Arbeitskampf gemeinsam
102 gedacht werden müssen. Auch in Folge dieser systematischen Teilung ist das
103 Risiko für Altersarmut bei Frauen, inter*,trans* und genderqueeren Personen
104 deutlich größer als bei Männern. Um Frauen, inter* trans* und genderqueere
105 Menschen endlich aus der Abhängigkeit von Männern zu befreien, braucht es unter
106 anderem endlich kostenlose und verlässliche Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

107 Eine gleichberechtigte Frau passt nicht in das Welt- und Familienbild der
108 Rechten. Denn dieses basiert auf der Hierarchisierung von Menschen nach
109 Kriterien wie Nationalität, Hautfarbe oder eben Geschlecht. In Zeiten sozialer
110 Unsicherheiten werden Menschen, getrieben durch eigene materielle Nöte, offener
111 gegenüber den einfach erscheinenden Lösungen des rechtsextremen Populismus. Die
112 arbeitende Klasse wird so erfolgreich geteilt und gegeneinander ausgespielt. Um
113 den realen Existenzängsten der Menschen nachzukommen und damit dem
114 Rechtsextremismus entgegenzustehen, braucht es endlich wirksame Sozialpolitik,
115 die die konkreten Lebensrealitäten der Menschen verbessert. Wir fordern daher
116 ein existenzsicherndes Bürgergeld ohne Sanktionen, die Erhöhung von Mindestlohn
117 und BAföG und eine Kindergrundsicherung, die auch reell Kinder aus der Armut
118 holt.

119 Als Grüne Jugend Niedersachsen fordern wir daher:

120 Umsetzung der Istanbulkonvention

121 Der Hass auf und die Gewalt gegen Frauen steigt mit der zunehmenden Verbreitung
122 rechtsextremer Ideologien. Gleichzeitig sind Schutzräume für von Gewalt
123 betroffene Frauen unterfinanziert und nicht ausreichend vorhanden. Deshalb
124 fordern wir in Zeiten erhöhter Gefahr für Frauen die konsequente Einhaltung der
125 Istanbul Konvention!

126 Echte Selbstbestimmung

127 Damit inter*,trans* und genderqueere Menschen endlich selbstbestimmt, ohne
128 allgegenwärtige Angst leben können, braucht es konkrete Angebote vor Ort. Wir
129 fordern eine Ausfinanzierung von flächendeckenden Schutzräumen und
130 Anlaufstellen.

131 Systemische Armut Abschaffen

132 Um echte Selbstbestimmung, nicht nur für Frauen, inter*,trans* und genderqueere
133 Personen, sondern für die 99% zu erreichen braucht es endlich echte Maßnahmen
134 gegen Armut. Niemand muss in Niedersachsen in Armut leben und so vom

135 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Her mit der echten
136 Kindergrundsicherung, mit einem existenzsichernden Bürgergeld und mit
137 flächendeckenden Tarifverträgen! Dafür fordern wir die Streichung der
138 ungleichheitsfördernden Schuldenbremse.